

In die Welt für die Welt



Magazin der
Vereinten
Evangelischen
Mission
3/2010

Religionsfreiheit –
ein Menschenrecht



RELIGIONSFREIHEIT – EIN MENSCHENRECHT

Liebe Leserin, lieber Leser,

»Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder seine Weltanschauung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.«

So steht es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen. Mit dem Beitritt zur UNO akzeptiert ein Staat diese Menschenrechte und damit auch die Religionsfreiheit. Mit der Durchsetzung sieht es aber oft anders aus. Im buddhistischen Sri Lanka oder in stark muslimisch geprägten Gegenden Sumatras ist es für die Menschen in unseren Mitgliedskirchen oft riskant, ihren Glauben öffentlich zu leben. Ihnen zu diesem Menschenrecht zu verhelfen, ist eine wesentliche Aufgabe der Vereinten Evangelischen Mission. Deshalb tagt auch die Thematische Konferenz der Deutschen Regionalversammlung der VEM Ende Mai zu diesem Thema, und deshalb trafen sich christliche und muslimische Experten im März zur Tagung »Religion(s) – Freiheit – Menschenrechte«. Mehr dazu lesen Sie in dieser Ausgabe von »In die Welt für die Welt«.

Was bei den Diskussionen klar wird: Für die Religionsfreiheit müssen wir konsequenterweise auch im eigenen Land eintreten. Deshalb ist es gut, dass die Evangelische Kirche eindeutig Position bezogen hat gegen politische Agitatoren, die unter dem Motto »Abendland in Christenhand« die Religionsfreiheit in Deutschland infrage stellen. »Ein gleichberechtigtes Leben von Muslimen in unserer Gesellschaft muss möglich sein«, heißt es in der gemeinsamen Erklärung der rheinischen und westfälischen Kirche sowie der katholischen Bistümer Essen und Münster. Die VEM hat Entsprechendes in ihrem Leitbild stehen: »Wir ermutigen und unterstützen unsere Mitglieder dabei, voneinander zu lernen, wie Christen in respektvoller Weise Menschen anderen Glaubens begegnen können.« Mit einem solch konsequenten Eintreten für die Religionsfreiheit und das respektvolle

Miteinander kann man sich dann auch glaubwürdig für die Einhaltung der Menschenrechte auf der ganzen Welt einsetzen.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen



Christoph Wand



^ Teilnehmer der Tagung »Religion(s) – Freiheit – Menschenrechte«: Abel Msuya, Hoyce Mbowe und Ebenezer Joseph (v.l.)

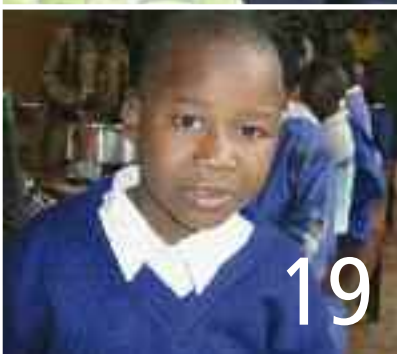
^ Die VEM setzt sich seit vielen Jahren für den interreligiösen Dialog ein.

> Bischof Constante Claro am Krankenbett

Fotonachweis:

Ramona Hedtmann / VEM (Titel, S. 2 unten), Gerald Biebersdorf (Porträt), Bettina v. Clausewitz (S. 2 oben), Barbara Steinheuer (S. 3 oben), Brunhild von Local / VEM (S. 3 mitte), Karin Vorländer (S. 3 unten)

Inhalt
Mai 2010



^ »United Mission Team«:
Iris Wong, Barbara Steinhauer, Esther Fotso (v.l.)

< An der Regenbogenschule werden auch schwer- und mehrfachbehinderte Kinder aufgenommen.



Biblisches Wort

»Vom Saulus zum Paulus« 4

Brennpunkt 5

Thema Religionsfreiheit

Religionen als Brandstifter oder Friedensstifter? 6

Tansania: Heiraten für den Frieden 8

Sri Lanka: Lebensretter aus drei Religionen 9

Religionsfreiheit als elementares Grund- und Menschenrecht 10

Ende der Toleranz? 12

Evangelisation

Karate, Englischkurse, Noahs Arche 14

Meditation 16

Stimme des Generalsekretärs 18

Diakonie

Lucy Mwinuka: »Ich habe unglaublich viel gelernt.« 19

Thema Religionsfreiheit

Gleiches Recht für alle?

Glaubenswechsel in Indonesien 20

Archiv und Museum

Über die Geschichte der Mission im südlichen Afrika

Studienpreisverleihung der Archiv- und

Museumsstiftung der VEM 22

Evangelisation

»Mission possible« – Klinische Seelsorgeausbildung in den Philippinen 24

Diakonie

Hochschultag der Fachhochschule der Diakonie:

Internationale Diakonie 26

Schwesterngemeinschaft 27

Leben in der VEM 28

Service, Impressum 30

Projekt 32

»Vom Saulus zum Paulus«

Die Originalgeschichte zur Redewendung lesen Sie hier:

Apostelgeschichte 9,1–19



Von Katja Romanek

»Saulus aber schnaubte noch mit Drohen und Morden«, so beginnt diese Geschichte. Klingt nicht sympathisch, oder? Anscheinend schreckte er sogar vor Mord nicht zurück. Saulus, ein junger strebsamer und eifernder Pharisäer, der selbst die Initiative ergreift und sich eine Vollmacht vom Hohenpriester holt, um die Jünger Jesu, diese vermeintliche Sekte zu verfolgen und auszurotten. Als frommer Jude, mehr noch, als einer, der bei Gamaliel in Jerusalem Theologie studiert hatte, konnte Saulus nicht anders, er musste mit all seiner Entschlossenheit und Kraft den Glauben seiner Väter verteidigen. Das war sein erklärtes Ziel, und nichts und niemand sollte ihn davon abhalten. Bis er dann kurz vor dem Ziel von Jesus selbst ausgebremst wurde. Zunächst ist da das helle Licht. Er wird mit seinem Namen angerufen: »Saul, Saul«. Da ist kein Irrtum möglich. Saul fällt auf die Erde. Jesus gibt sich zu erkennen, und zwar als Gott, als Herrscher des Himmels. Und das dem Saulus, der bisher immer die These verfochten hat, Jesus sei ein Gotteslästerer.

»Steh auf«. Jetzt ist es Jesus, der die Befehle gibt, und nicht mehr Saulus. Saulus erblindet durch das Licht und ist zutiefst erschüttert. Er, der dynamische Eiferer, ist plötzlich hilflos wie ein Kind.

Drei Tage dauert seine Blindheit an. Was für eine tiefe Glaubenskrise muss das gewesen sein! Er muss schmerzlich erkennen, dass der Gott, den er doch eigentlich verteidigen wollte, plötzlich gegen ihn ist. »Du verfolgst mich!« Gott identifiziert sich mit der verfolgten Gemeinde, statt mit Saulus. Wenn das keine Enttäuschung für ihn ist! Im echten Sinn des Wortes eine Ent-Täuschung. Ihm wird nämlich klar, dass sein Ziel falsch war.

Nach dieser Erkenntnis wächst bei Saulus der Wille, sich zu ändern. Er betet. Und Gott antwortet, indem er ihm den Hananias schickt. Als der ihm die Hand auflegt, kann Paulus wieder sehen. Der Kontakt zur Außenwelt ist für ihn wieder hergestellt. Als äußeres Zeichen seiner Wandlung lässt er sich dann taufen. In der Taufe stirbt der alte

Mensch, und der neue kommt aus dem Wasser wieder heraus. Paulus hat seine Glaubenskrise überwunden.

Und was macht Paulus jetzt als neuer Mensch? Nach seiner Umkehr hat er ein neues Ziel: Er predigt von Jesus als dem Sohn Gottes. Er hat jemanden gefunden, der ihm ein lohnendes Ziel für sein Leben gibt und dabei seine Gaben gebraucht. Jetzt nicht mehr zum Verfolgen und Verhaften von Menschen, sondern, um sie zu Jesus zu führen. Er ist nicht mehr im eigenen Auftrag unterwegs, sondern im Auftrag des Allerhöchsten, des Herrschers über Himmel und Erde. Paulus hat in Damaskus alles verloren, was ihm vorher etwas bedeutet hatte. Aber – im Tausch dafür hat er etwas erhalten, was ihm jetzt viel wertvoller ist: Er hat eine Sinneswandlung durchgemacht, aus dem Saulus ist sprichwörtlich ein Paulus geworden. (Saul, der Königsname, Paulus: der Geringe). Bekehrung nennt man das auch. Aus der Krise ist er als neuer Mensch hervorgegangen. In den drei Tagen der Blindheit hatte er Zeit genug, sein bisheriges Leben Revue passieren zu lassen und über die Begegnung nachzudenken.

»Was mir Gewinn war, das habe ich um Christi willen für Schaden erachtet«, sagt er später. Sein neuer Gewinn ist die Erkenntnis, dass er jetzt nicht mehr gegen Gott arbeitet, sondern für ihn. Er hat den Glauben an einen barmherzigen Gott gewonnen im Tausch gegen eine starre Gesetzhaltigkeit ohne jede Gnade. Er hat Demut gewonnen im Tausch gegen seine Dünkel, die er aufgrund seiner Herkunft, Ausbildung und Gesetzestreue pflegte. Und das Schnauben und Morden hat er eingetauscht gegen den Frieden mit Gott. So kann er später den Philippnern schreiben, was wir heute oft als Abschluss einer Predigt hören: »Und der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft, bewahre eure Herzen und Sinne in Christus Jesus.«



Katja Romanek ist Assistentin in der Abteilung Afrika der Vereinten Evangelischen Mission.

Es geht um die Rechte der Opfer

Von Jochen Motte

Seit vielen Jahren setzt sich die VEM für Menschenrechte ein – oft auf dem Hintergrund von schweren Menschenrechtsverletzungen, bei denen uns unsere ökumenischen Partner und Mitglieder um Hilfe bitten. Es geht um die Rechte der Opfer, um ihre Würde. Es geht darum, zukünftige Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Es geht darum, denen Gehör zu verschaffen, die sonst nicht gehört werden: Menschen aus West-Papua, Frauen im Ostkongo, aber auch Menschenrechtsverteidiger in Kirchen und Organisationen, die für Menschenrechte eintreten, wie zum Beispiel in den Philippinen, selbst wenn es für sie persönlich riskant ist. Wir unterstützen unsere Partner und Mitglieder dort, wo sie sich auf internationale Menschenrechte und bestehende Menschenrechtsabkommen und Übereinkünfte berufen, und helfen ihnen, Mechanismen des internationalen Menschenrechtsschutzes zu nutzen.

Als weltweite Gemeinschaft haben Kirchen in der Ökumene eine besondere Chance und Verantwortung, Opfer von Menschenrechtsverletzungen zu schützen und präventiv Menschenrechtsschutz zu verbessern und durchzusetzen. Diese Verantwortung gilt es, auch und gerade im interreligiösen Gespräch wahrzunehmen. Die Frage von Religionsfreiheit ist dabei eine der wichtigsten Fragen, aber auch eine der schwierigsten. In unseren Mitgliedskirchen gibt es Regionen, wo Christen und Muslime friedlich miteinander leben, aber auch Regionen, in denen es Konflikte gibt. Wenn wir darüber mit Muslimen ins Gespräch kommen, dann nicht besserwisserisch, sondern immer im Bewusstsein um die eigene leidvolle Geschichte, in der Menschenrechte – das Recht auf Religionsfreiheit und

freie Meinungsäußerung – gegen kirchliche Überzeugungen erstritten und erkämpft wurden.

Auf der Tagung »Religion(s) – Freiheit – Menschenrechte. Herausforderungen an die Kirchen zur Überwindung von Gewalt« in Schwerte sind solche Gespräche zustande gekommen – konstruktive Gespräche, in denen wir voneinander gelernt haben, in denen aber auch Meinungen nebeneinander stehen bleiben mussten. Das zeigt sich etwa in der Forderung, den Menschenrechten müssten »Menschenpflichten« zur Seite gestellt werden, sodass etwa das Wohl der Gemeinschaft auch über einem individuellen Menschenrecht stehen könnte. Diese Meinung wird – wie die Tagung gezeigt hat – in ähnlicher Weise übrigens auch von der orthodoxen Kirche Russlands vertreten. Eine solche Bindung von Pflichten an Menschenrechte widerspräche aber deren Universalität und Unteilbarkeit, und gerade die Anerkennung der Universalität und Unteilbarkeit ist ein Meilenstein der Menschenrechtsgeschichte.

Mit der Anerkennung der UN-Menschenrechtscharta haben Staaten die Pflicht, Menschenrechte ohne jede Voraussetzung für alle Menschen zu garantieren. Aufgabe der Kirchen ist es, die Staaten an diese Pflicht zu erinnern und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Menschenrechte eine unauflösbare Voraussetzung für die Würde des Menschen sind. Die VEM wird auch in Zukunft ihren Teil dazu beitragen.



Dr. Jochen Motte ist Leiter der Abteilung Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und Mitglied des Vorstands der VEM.



»Teilnehmer der Tagung »Religion(s) – Freiheit – Menschenrechte. Herausforderungen an die Kirchen zur Überwindung von Gewalt«

Religionen als Brandstifter oder Friedensstifter?

Konsultation von VEM und EKvW
über Religionsfreiheit und Menschenrechte

Von Bettina von Clausewitz

Jeder hat das Recht auf Gedanken-,
Gewissens- und Religionsfreiheit;
dieses Recht schließt die Freiheit ein,
seine Religion oder seine Weltan-
schauung zu wechseln, sowie die
Freiheit, seine Religion oder seine
Weltanschauung allein oder in
Gemeinschaft mit anderen, öffentlich
oder privat durch Lehre, Ausübung,
Gottesdienst und Kulthandlungen
zu bekennen.

Religionsfreiheit als Menschenrecht

UN-Menschenrechtscharta von 1948, Art. 18

Sie können Brandstifter oder Friedensstifter sein, Vorwand für Kämpfe oder Motiv für Versöhnung – bei vielen Konflikten weltweit spielen Religionen eine Rolle, Religionsfreiheit und Menschenrechte werden verletzt. Welchen Beitrag die Kirchen und ihre ökumenischen Partner dabei zur Überwindung der Gewalt leisten können, war Mitte März Thema einer internationalen Konsultation auf Einladung der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) und der Evangelischen Kirche von Westfalen (EKvW) in der Evangelischen Akademie Villigst.

»Demokratie und Islam sind vereinbar«

In Indonesien ist das Verhältnis der Religionen seit langem angespannt. Schon seit Beginn der Suharto-Diktatur kommt es in dem mehrheitlich muslimischen Land zu Übergriffen gegen die christliche Minderheit. »Seit den 1960er Jahren haben Fundamentalisten 1044 Kirchen zerstört – abgebrannt oder ausgebombt – die meisten davon in den vergangenen zwölf Jahren seit der Demokratisierung 1998«, erzählte der leitende Theologe Jamilin Sirait von der größten protestantischen Kirche HKBP. Viele Gebäude dürften nicht wieder aufgebaut werden.

Andreas Yewangoe, Vorsitzender des Verbandes der evangelischen Kirchen in Indonesien (PGI), beklagt, dass Polizei und Staat oft wegsehen würden, statt einzugreifen. »Dabei ist das eigentlich ein Problem der ganzen Nation, denn einige wenige Radikale versuchen das Land zu destabilisieren und damit all das zu zerstören, was wir gemeinsam aufgebaut haben.« Umso wichtiger ist es den beiden Kirchenvertretern, sich im interreligiösen Dialog und konkreten Aktionen gemeinsam mit moderaten Muslimen für Religionsfreiheit und Menschenrechte einzusetzen, die in der Verfassung verankert sind. International wurde die Menschenrechtscharta bereits 1948 von den Vereinten Nationen als universal gültig verabschiedet.

Einer der Gesprächspartner in Indonesien ist etwa Din Syamsuddin, Präsident des angesehenen islamischen Verbandes Muhammadiyah, der auf Einladung von VEM und EKvW ebenfalls nach Villigst gekommen war. »Demokratie und Islam sind vereinbar. Bei uns will nur eine Minderheit einen islamischen Staat«, betonte der Islamprofessor aus

»Dabei ist das eigentlich ein Problem der ganzen Nation, denn einige wenige Radikale versuchen das Land zu destabilisieren und damit all das zu zerstören, was wir gemeinsam aufgebaut haben.«

Andreas Yewangoe, Vorsitzender des Verbandes der evangelischen Kirchen in Indonesien (PGI)

Jakarta. Zu einer Demokratie gehörten für moderate Muslime wie ihn die allgemein geltenden Menschenrechte und damit auch die Religionsfreiheit. Andererseits könne man islamischen Ländern keine Demokratie westlichen Musters aufzwingen. »Ich sehe auch radikale Gruppen als Mitglieder einer großen Familie, die wir wieder auf den richtigen Weg führen wollen«, meinte Syamsuddin.

Insgesamt nahmen rund 40 Expertinnen und Experten an der einwöchigen kirchlichen Fachtagung teil, darunter ökumenische Gäste aus den Partnerkirchen von VEM und EKvW in Indonesien, Sri Lanka und Tansania, aber auch europäische Fachleute wie Rüdiger Noll von der Konferenz Europäischer Kirchen in Brüssel und Christos Makridis von der EU-Kommission, der Dialogbeauftragte der Türkisch-Islamischen Union DITIB in Köln, Bekir Alboga, der langjährige Amnesty-International-Vorsitzende Volkmars Deile oder der Menschenrechtsprofessor Heiner Bielefeldt. Neben dem aktuellen Austausch soll die Tagung ein Beitrag zur Friedenskonvokation des Weltkirchenrates 2011 in Jamaika sein, die den Abschluss der »Dekade zur Überwindung von Gewalt« bildet.

Für die Freiheit aller Religionen

»Religionsfreiheit hat man nicht ein für alle mal. Sie muss immer wieder neu erkämpft werden, auch in Europa. Das ist ein langer Prozess«, meinte der westfälische Präses Alfred Buß selbstkritisch mit Blick auf die europäische Geschichte vor der Trennung von Staat und Kirche, aber auch mit Blick auf die aktuelle Diskussion über abgehängte Kreuze in Schulen und Gerichtssälen oder ein Minarett-Verbot in der Schweiz. Der VEM-Menschenrechtsreferent Jochen Motte mahnte, dass Kirchen sich »grundsätzlich nicht auf das Thema Christenverfolgung

beschränken«, sondern für die Freiheit aller Religionen einsetzen sollten. Gleichzeitig wandte er sich gegen eine Tendenz, »die Frage der Menschenwürde theologisch in den Mittelpunkt zu stellen und die Frage nach dem Recht und den Menschenrechten anderen zu überlassen«. Der Erlanger Professor Heiner Bielefeldt bezeichnete die Religionsfreiheit als »Testfall für die Einhaltung der Menschenrechte« und universal gültig.

Wie schwer der Alltag für eine religiöse Minderheit sein kann, beschrieb der Präsident der methodistischen Kirche von Sri Lanka (MCSL), Ebenezer Joseph. Obwohl der jahrzehntelange Bürgerkrieg 2009 zu Ende gegangen sei, sei das Leben der Menschen von Gewalt und Misstrauen geprägt. Hinzu kämen Menschenrechtsverletzungen, Pressezensur sowie soziale und religiöse Konflikte zwischen der buddhistischen Bevölkerungsmehrheit der Singhalesen und der zumeist hinduistischen Minderheit der Tamilen. In der MCSL dagegen sind beide Gruppen vertreten. »Wir werden oft beschuldigt antinational zu sein«, sagte Ebenezer Joseph. Auch das Konzept der Menschenrechte würde oft als westliches Phänomen und damit als Fremdkörper angesehen. Als »Ausweg aus dem Teufelskreis« bezeichnete er gute Erfahrungen mit Buddhisten im interreligiösen Dialog und die Zusammenarbeit in sozialen Projekten.

Für alle Länder – auch in Europa – zeigte sich, dass scheinbar religiöse Konflikte oft eng verwoben sind mit sozialen, kulturellen oder wirtschaftlichen Machtkämpfen und Spannungen. So braucht der Staat als Garant für die Einhaltung der Menschenrechte die Unterstützung einer starken Zivilgesellschaft – und damit der Religionsgemeinschaften selbst. Deshalb wollen VEM und EKvW ihre ökumenischen Partner weiterhin unterstützen, aber auch die Menschenrechtsarbeit in Deutschland intensivieren. »Wir müssen diese Fragen im globalen Kontext diskutieren und eine Atmosphäre schaffen, in der Ressentiments und Fremdenfeindlichkeit überwunden werden«, sagte VEM-Generalsekretär Fidon Mwombeki. Die Fachtagung in Villigst war ein weiterer Baustein dazu.



Teilnehmer der Tagung aus Indonesien, Sri Lanka, Afrika und Deutschland



Bettina von Clausewitz arbeitet als freie Journalistin in Essen.

Tansania

Heiraten für den Frieden

In Tansania machen Christen und Muslime jeweils 40 Prozent der Bevölkerung aus, Religionsfreiheit ist Teil der Verfassung und der Staat ist bemüht sie durchzusetzen. Trotzdem kommt es immer wieder zu Konflikten und Übergriffen, vor allem wenn radikale Gruppen auf beiden Seiten gegen andere hetzen oder aggressiv missionieren, erzählt Pfarrerin Hoyce Mbowe von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Tansania. Sie war mehrere Jahre lang Ratsmitglied der VEM und arbeitet jetzt an ihrer Promotion in Bonn.

Religionen sind Friedensstifter, das ist ihre Aufgabe, denn wenn die Religionen nicht in Frieden miteinander leben, kann es auch die Gesellschaft nicht. In Tansania spielen die Religionen eine sehr wichtige Rolle für den Frieden – es gibt regen Austausch und interreligiösen Dialog zwischen Christen und Muslimen. Zum Beispiel wenn es darum geht, Menschen zu helfen, die von HIV und Aids betroffen sind. Dann fragen wir in den Projekten nicht: Welche Religion hat jemand? Wir helfen einfach. Auch bei der Armutsbekämpfung.

Die Kirche ist unter Muslimen sehr beliebt und sie sind dankbar für die Hilfe. Wir sagen ja auch niemanden: Du musst erst Christ werden. Aber die Frage der Missionierung, die auf Bekehrung zielt, ist auch bei uns ein großes Problem. Meine eigene lutherische Kirche und Katholiken oder Anglikaner, die arbeiten nicht so, die Pfingstkirchen dagegen schon. Wenn bei uns jemand Christ werden will, sind wir offen dafür. Wir taufen regelmäßig auch Muslime, aber sie kommen von sich aus.

Besonders wichtig im interreligiösen Dialog sind auch die Ehen zwischen Christen und Muslimen. Es gibt etliche Christinnen, die Muslime heiraten, aber sie bleiben in ihrem eigenen Glauben verwurzelt und versuchen ihrer neuen Familie zu zeigen, was es heißt, Christin zu sein. Das hat auch schon viele Männer beeindruckt, die sagen: So wie meine Frau lebt, das überzeugt mich. Wir können



Hoyce Mbowe

uns in Tansania glücklich schätzen, so viele religionsverschiedene Ehen zu haben, denn dadurch werden viele Konflikte vermieden. Wenn man in der Kirche über Muslime herziehen würde, dann greift man ja die eigenen Kirchenmitglieder an, denn sie haben Muslime in der Familie. Und umgekehrt, wenn jemand in der Moschee schlecht über Christen redet, dann beleidigt er Leute in der eigenen Gemeinde.

Es gibt einige fundamentalistische Gruppen in Tansania, die jeweils über die anderen herziehen und sie beschimpfen, aber sie können sich nicht wirklich durchsetzen, weil die Leute das nicht wollen. Sie wissen, dass die Hetzkampagnen nicht wahr sind. Eine der Tanten meines Vaters war mit einem Muslim verheiratet. Und ich selbst habe Schwägerinnen, die mit Muslimen verheiratet sind.



Aufgezeichnet und aus dem Englischen übersetzt von Bettina v. Clausewitz

Sri Lanka

Lebensretter aus drei Religionen

Pfarrer Ebenezer Joseph, Präsident der Methodistischen Kirche von Sri Lanka (MCSL), setzt trotz jahrzehntelanger ethnischer und religiöser Spannungen in seinem Land auf den interreligiösen Dialog und engagiert sich für ein friedliches Miteinander. »Was motiviert Sie?« – auf diese Frage antwortet er mit einer Geschichte:

Im Juli 1983 kam es in Colombo und im ganzen Land zu schweren Ausschreitungen von Singhalesen gegen die Minderheit der Tamilen. Dabei wurden mehrere tausend Menschen getötet, viele vertrieben, viele Häuser und Geschäfte wurden geplündert oder in Brand gesetzt. Wir waren damals, als es losging, mit etwa 40 Leuten auf unserem Gelände in Colombo, wo die Kirche steht und Geschäfte angrenzen. Der Mob auf der Straße wollte rein und alle Tamilen rausholen, die MCSL hat ja tamilische und singhalesische Mitglieder. Aber unser Wächter am Tor hat niemanden rein gelassen obwohl sie ihn bedroht und sogar gewürgt haben. Er ist Singhalese und Buddhist wie die meisten in Sri Lanka, aber er hat sein Leben für uns riskiert.

Nach ungefähr zwei Stunden kamen endlich die Sicherheitskräfte und haben uns in ihren Jeeps weggebracht, aber sie wussten nicht wohin, denn es war alles schon voll mit Flüchtlingen. Deshalb haben sie uns zu einem Hindu-Tempel gebracht. Dort sind wir das ganze Wochenende geblieben. Ich hatte einen Schlafplatz direkt unter der Statue eines Hindu-Gottes, immer wenn ich die Augen aufgemacht habe, habe ich ihn gesehen.

Nach einiger Zeit kam einer von den Wächtern und hat gefragt, ob hier ein christlicher Pastor wäre. Ich hatte ganz normale Sachen an, um nicht erkannt zu werden, und habe überlegt, ob ich mich melden soll. Dann sagte der Mann: »Hier ist jemand, der den Pastor besuchen will.« Als ich raus ging, stand einer der muslimischen Bettler da, die sonst immer vor dem Eingang unserer Kirche betteln. Nachts schlafen sie mit mehreren Leuten auf der Terrasse. Wir hatten in der Gemeinde schon darüber diskutiert, ob das geht, aber sie waren dort geblieben. Sie bettelten immer um Geld für eine Tasse schwarzen Tee – »plein tea! plein tea!« Jetzt stand dieser Mann da und kam mich besuchen! Er brachte mir eine Tasse schwarzen Tee.

So sind wir damals gerettet worden: von einem buddhistischen Wächter, von Hindus in ihrem Tempel und ein muslimischer Bettler kam uns besuchen. Das gibt mir Hoffnung bis heute. Die Menschen wollen in Frieden und Harmonie miteinander leben, dieser Frieden ist das Fundament aller Religionen, die wir in Sri Lanka haben. Das haben wir gemeinsam.



Aufgezeichnet und aus dem Englischen übersetzt von Bettina v. Clausewitz



Ebenezer Joseph

Religionsfreiheit als elementares Grund- und Menschenrecht

Von Theodor Rathgeber

Die Religionsfreiheit ist im deutschen Grundgesetz (Artikel 4), in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 18) sowie im Internationalen Pakt über zivile und politische Rechte (Artikel 18) als unveräußerliches Menschenrecht national wie international verbürgt. Sie ist unverbrüchlicher Teil der Menschenwürde und erkennt der individuellen Person die freie Selbstbestimmung in religiösen Fragen zu. Geschützt sind dabei die Menschen und deren religiöse Praxis, nicht bestimmte Religionen oder Weltanschauungen als solche. So sollen sich Religionsgemeinschaften nicht der Protektion des Staates bedienen können, um Häretiker oder Dissidenten zu disziplinieren und konkurrierende Bekenntnisse auf Distanz zu halten.

Prinzipiell gilt die Achtung der Religionsfreiheit allen, unabhängig, ob religiöse Praktiken landesüblich sind und unabhängig von Größe oder historischer Bedeutung einer Religionsgemeinschaft. Im englischen Sprachraum hatte sich der Begriff »freedom of religion and belief« durchgesetzt, der andeutet, dass Religionsfreiheit nicht nur theistische Weltanschauungen schützt, sondern umfassend die Freiheit der Religion und Weltanschauung postuliert. Das Grundgesetz trägt dem inzwischen in Artikel 4.1 Rechnung: »... die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.«

Geschützt ist allerdings das Individuum nicht allein beim stillen Beten, der Schutz umfasst auch die religiöse

Praxis in der Gemeinschaft; etwa in Form der Gottesdienste, Prozessionen, von Unterricht und Initiationsriten. Die Religionsfreiheit schützt das öffentliche Bekenntnis religiöser oder weltanschaulicher Überzeugung und Praxis auch nach außen. Wer religiöse Bekenntnisse nur im privaten zulässt und aus dem öffentlichen Raum verbannen will, setzt sich in Widerspruch zur Religionsfreiheit. Grundlegend ist darüber hinaus, nicht von Staats wegen zu einem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis oder Tun gezwungen oder gedrängt zu werden (Stichwort: positive und negative Religionsfreiheit). Soweit, so gut.

Freiheit der Religionen...

In den vergangenen Jahren erleben wir Diskussionen, die nach den Grenzen der Religionsfreiheit fragen. Religiös behaupteter Terrorismus, der Generalverdacht staatsfeindlicher Umtriebe gegen Angehörige religiöser Gruppierungen oder die umgekehrt mit Pathos vorgebrachte Verteidigung der Religion oder Weltanschauung als solcher gegen »Diffamierungen« unterhöhlen nicht nur den Gehalt der Religionsfreiheit, sondern verminnen

auch andere Freiheitsrechte, indem nach staatlicher Grenzziehung gerufen wird. Pakistan als Sprecher der Organisation Islamischer Konferenzen (OIC) würde zwecks Schutz der Religion als solcher zum Beispiel die Meinungsfreiheit am liebsten unter Vorbehalt stellen und Religionsfreiheit nach der vorherrschenden Religion im Staat bzw. der Staatsreligion definieren. Der Vatikan, Orthodoxe Kirchen, strenge Vertreter des Hinduismus' oder Buddhismus' wären über einen solchen »Schutz« der Religion und die Festigung ihrer eigenen Tradition nicht unglücklich. Eine gefährliche Gratwanderung bedeutet ebenso der Begriff der »Sekte«, der Religionsfreiheit relativiert.

Unbestritten ist, dass es Grenzen der Religions- und korrespondierender Freiheiten gibt. Die Frage, nach welchen Kriterien sie zu ziehen sind, beantwortet die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) des Europarats von 1950 so: »Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekennen, darf nur Einschränkungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die öffentliche Sicherheit, zum Schutz der öffentlichen Ordnung, Gesundheit, Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer.« (Art. 9, Abs., 2 EMRK). Einschränkungen sind nur möglich, wenn diese unmittelbar dem Schutz anderer Grundrechte oder ähnlich hoher Rechtsgüter dienen; das heißt insbesondere anderer Menschenrechte.





Die Vereinte Evangelische Mission setzt sich seit vielen Jahren für den interreligiösen Dialog ein.

...und Weltanschauung

Die Religionsfreiheit kann beispielsweise nicht gegen das Menschenrecht auf Leben ausgespielt werden. Eltern steht es nicht frei, aus religiösen Gründen das Leben ihrer Kinder aufs Spiel zu setzen und eine erforderliche medizinische Behandlung zu verweigern. Aufrufe zur Tötung Andersgläubiger oder interner Dissidenten oder Aufrufe zu religiösem Hass sind durch keine Religions- oder Meinungsfreiheit gedeckt. Glockenläuten oder der Ruf eines Muezzins muss mittlerweile innerhalb bestimmter Grenzwerte bei der Lautstärke bleiben, um das Recht auf körperliche Unversehrtheit der Anwohnenden zu wahren. Die Freiheit einer Lehrerin oder eines Lehrers an einer staatlichen Schule, sich der

eigenen religiösen Überzeugung gemäß im Dienst zu bekleiden, wäre nur dann gerechtfertigt zu beschneiden, wenn die Kinder begründet Gefahr laufen, zu einem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis oder Tun gezwungen oder gedrängt zu werden. Allgemeine Präventionen sind meines Erachtens kein legitimer Grund für eine Beschränkung der Religionsfreiheit.

Religionsfreiheit geht deutlich über ein Toleranzverständnis hinaus. Die historische Toleranzpraxis im Islam gegenüber etwa christlichen oder jüdischen Gemeinschaften oder die Friedrichs des Großen in Preußen fand immer dann ein Ende, wenn es galt, die Vorrangstellung der jeweils

wahren Religion zu verteidigen. Die Toleranz wird obrigkeitsstaatlich gewährt oder versagt, während die Religionsfreiheit einen unveräußerlichen, universellen Rechtsanspruch des Menschen darstellt. Insofern ist eine konsequente Verwirklichung der Religionsfreiheit nur in einem säkularen Rechtsstaat möglich. Dieser Rechtsstaat ist wiederum keine Weltanschauungs- und Orientierungsinstanz, sondern soll faire Prinzipien des gütlichen Zusammenlebens verbindlich organisieren und durchsetzen. Das Heilige für jeden Menschen ist notwendig darauf angewiesen.



Dr. Theodor Rathgeber arbeitet als freier Journalist und Menschenrechtsexperte in Kassel.



Ende der Toleranz?

Wie der politische Islam Indonesien zu verändern versucht

Von Klemens Ludwig



In Salatiga auf der indonesischen Insel Java ist das Christentum lebendig. Im Stadtkern befindet sich ein großer Komplex mit Kirche, Schule, Büroräumen und einer Druckerei. Viele der Mitarbeiter tragen Kreuze und der Glaube ist ein fester Bestandteil ihres Lebens. Gut ein Drittel der Bewohner von Salatiga sind Christen, und ihr Einfluss ist groß; der Bürgermeister, John Manoppo, gehört zu ihnen.

Die Mitternachtsmesse zu Weihnachten ist der liturgische Höhepunkt des Jahres, der auch viele Menschen aus der Umgebung anzieht. Bis vor kurzem wurde sie in aller Öffentlichkeit vor dem Rathaus gefeiert. So viel Demonstration christlicher Präsenz ist heute jedoch nicht mehr erlaubt, während die Muslime ihre Feste weiterhin öffent-

lich feiern. Die Einschränkung wirkt wie ein symbolträchtiger Schritt in eine unheilvolle Richtung. Lange Zeit galt Indonesien als Beispiel für religiöse Toleranz und Vielfalt. Etwa 83 Prozent der 240 Millionen Einwohner bekennen sich zum Islam, doch allen Versuchen, aus Indonesien einen islamischen Staat zu machen, wurde bereits mit der Gründung 1945 ein Riegel vorgeschoben.

Langfristige Strategie

Der Einfluss der alten, auf Harmonie bedachten, Tradition hat den Islam in Indonesien so offen und tolerant gemacht, doch das ist islamischen Fundamentalisten ein Dorn im Auge. Schon seit Jahren versucht der Rat der indonesischen Religionsgelehrten MUI die in der Verfassung verankerte Religionsfreiheit auszuhebeln. 2005 erklärte er in einer Fatwa, einem islamischen Rechtsgutachten, Pluralismus, Säkularismus und Liberalismus für unvereinbar mit dem Islam. Es gibt nur ein Problem für den Rat: Seine Anordnungen haben keine gesetzliche oder juristische Relevanz. Der politische Arm des radikalen Islam ist die sogenannte Gerechtigkeits- und Wohlfahrtspartei PKS. Die Parlamentswahlen 2009 waren ernüchternd für die PKS. Sie hatte sich einen Stimmenanteil von 20 Prozent erhofft, am Ende kam sie auf knapp acht. Drei gemäßigte islamische Parteien erhielten zusammen etwa 16 Prozent, sodass der islamische Block deutlich weniger Wähler an sich binden konnte, als bei der Wahl zuvor; damals waren es 37 Prozent gewesen.

< *In Salatiga auf der indonesischen Insel
Java ist das Christentum lebendig.*

Das Wahlergebnis war jedoch nur vordergründig ein Rückschlag für die Islamisierung. Die anschließenden Koalitionsverhandlungen machten deutlich, wie erfolgreich der politische Islam agiert. Bedingt durch die heillos zerstrittenen ehemaligen Eliten nahm der populäre Präsident Susilo Bambang Yushoyono die islamischen Parteien in seine Koalitionsregierung auf. Sie stellen fast die Hälfte des Kabinetts, darunter Schlüsselressorts wie Justiz, Religion sowie Kommunikation und Informationstechnologie. Der Justizminister hat bereits erklärt, dass er keinen Widerspruch zwischen der Scharia und der indonesischen Verfassung sieht. Der parteilose Innenminister Gamawan Fauzi steht ebenfalls der PKS nahe. Die Methoden des politischen Islam sind subtil, zumal der Präsident selbst ihre Ziele ablehnt. Die PKS distanziert sich von den militanten Gruppen wie der Jemaah Islamiyah, die zuletzt im Juli 2009 durch Anschläge auf zwei Luxushotels in Jakarta auf sich aufmerksam gemacht hatten.

Die Partei denkt langfristig und investiert viel in die Erziehung. Allein auf Java gibt es etwa 14 000 Pesantren, islamische Internate, die immer mehr unter arabischen Einfluss geraten, weil von dort viel Geld fließt. In die andere Richtung schreibt sich eine wachsende Zahl indonesischer Studenten an arabischen Universitäten ein; Medina und Kairo liegen im Trend. Schon jetzt werden das Banken- und Gesundheitssystem immer mehr auf islamische Prinzipien ausgerichtet und nicht-islamische Persönlichkeiten systematisch aus Führungspositionen heraus gedrängt; Bürgermeister John Manoppo in Salatiga ist eine große Ausnahme und wird genau beobachtet. Was den radikal-muslimischen Kräften letztlich vorschwebt, zeigt sich im Norden der Insel Sumatra, in der halbautonomen Provinz Banda Aceh. Dort hat das Regionalparlament im September 2009 die Scharia eingeführt. Dazu gehören die Steinigung für Ehebruch und Stockhiebe oder Gefängnis für außerehelichen und gleichgeschlechtlichen Sex.

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen machen selbst vor den abgelegenen Provinzen wie West-Papua nicht halt. Diese Inselhälfte, die geografisch und kulturell am weitesten von Java entfernt liegt, ist die Heimat der Diplom-Theologin Karolina Rumbiak, die für die Vereinte



*Diplom-Theologin
Karolina Rumbiak*

Evangelische Mission in Medan arbeitet. Erst seit den 1970er Jahren kam der Islam mit indonesischen Siedlern nach West-Papua. Ihnen folgten muslimische Eiferer, die auch die Papua bekehren wollen, wie Karolina Rumbiak erläutert: »Als ich im vergangenen Juli nach Papua gegangen bin, erhielt ich die Information, dass es bereits in vielen Teilen des Landes Pesantren gibt. Sie gelten of-

fiziell als interreligiöse Schulen, aber in Wirklichkeit sind sie nur für Muslime. Nicht weit von meinem Heimatort gibt es auch eine solche Schule. Mit den Pesantren, die sie in den Dörfern bauen, wollen sie die Dorfbewohner bekehren, und das, obwohl das Schwein ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens ist.«



*Pfarrer Rannieh Mercado (l.) im
Gespräch mit einem Muslim*

Der Leiter des VEM-Regionalbüros Asien in Medan, der aus den Philippinen stammende Pfarrer Rannieh Mercado, sieht die Islamisierung auch als Grund für eine wachsende Intoleranz auf christ-

licher Seite: »Innerhalb der christlichen Gemeinschaft gibt es zwei Trends. Da sind zum einen die Pfingstgemeinden, der charismatische Zweig, der sehr fundamentalistisch ist in seiner Art Mission zu betreiben. Wir von der VEM sollten diesen Trend nicht unterstützen. Innerhalb unserer Vereinigung wollen wir das Evangelium verkünden und den Glauben in einer Weise verbreiten, der nicht im Gegensatz zu anderen Religionen steht, schon gar nicht hier in Indonesien.«



*Klemens Ludwig arbeitet als freier Journalist
in Tübingen.*

Karate, Englischkurse, Noahs Arche

Das VEM-Programm »United Mission Team« fördert den Austausch zwischen Gemeinden in Afrika, Asien und Deutschland

Von Christoph Wand

Hongkong, Douala, Düsseldorf: Unterschiedlicher könnten drei Großstädte kaum sein. Und doch haben sie eins gemeinsam: Sie sind Orte der Mission. Ideale Orte also, um »Mission in big cities« (Mission in großen Städten) zu erleben, das Thema des diesjährigen »United Mission Teams« der VEM. Barbara Steinheuer aus der Evangelischen Kirche im Rheinland und Esther Fotso aus der Evangelischen Kirche Kameruns sind nach Hongkong gereist, um sich dort von Iris Wong aus der Chinesisch-Rheinischen Kirche (CRC) Missionsarbeit in einer der am dichtestbesiedelten Städte der Welt zeigen zu lassen.

Aktive christliche Gemeinde

»Es war wirklich herausfordernd«, erzählt Barbara Steinheuer, die normalerweise in der Düsseldorfer Johanneskirche für die Begegnung von Menschen im Café und bei Kulturveranstaltungen sorgt. »Und damit meine ich nicht nur das Essen, dazu noch mit Stäbchen, auch wenn das ebenso zum Erfahren der Hongkonger Kultur dazugehört«, sagt sie lächelnd. »Wirklich anders war, dass in Hongkong alles schnell gehen muss, alles sehr hektisch wirkt und niemand wirklich Zeit hat.«

Keine idealen Voraussetzungen eigentlich für erfolgreiche Missionsarbeit. Und doch ist die CRC erfolgreich, gerade bei jungen Menschen. Ein Geheimnis des Erfolgs: Die Chinesisch-Rheinische Kirche nimmt die Lebenswelt der Hongkonger auf. Die Jugendlichen in Hongkong zum Beispiel sind sehr aktiv. Also gibt es ein

»activity centre« der Kirche, wo Jugendliche auch Karate üben können oder tanzen. Elektronische Kommunikation ist für die Kirche ebenso selbstverständlich. Und auch über einen Erlebnispark kann Mission wirken: »Noah's ark« ist ein Themenpark zu Noah's Arche, der besonders bei Familien sehr beliebt ist – eine biblische Geschichte zum Anfassen.

Anstoß für die eigene Kirche

Auch der kulturelle Hintergrund Hongkongs wird mit in die christliche Lebenswelt einbezogen. Da sieht dann schon mal eine christliche Kapelle wie ein buddhistischer Tempel aus. »Das hat mich wirklich begeistert«, sagt Esther Fotso: »Ich kann in Hongkong Christin sein und auch eine gute Christin, obwohl ich meine Kultur und Sprache behalte.« Das mache es auch Christen einfacher, problemlos mit ihren nichtchristlichen Familienangehörigen umzugehen, berichtet Barbara Steinheuer. Christ zu werden, bedeute eben keine Abkehr von der eigenen Kultur. Das sei wichtig, schließlich seien Christen in der mehrheitlich buddhistischen Gesellschaft Hongkongs mit zehn Prozent nur eine Minderheit.

Eine sehr aktive Minderheit allerdings, das lernten Esther Fotso und Barbara Steinheuer auch bei dem Besuch einiger diakonischer Projekte: Nachbarschaftszentren für ältere Menschen etwa oder die Arbeit mit ausländischen Haushaltshilfen, die in Hongkong oft unter ausbeuterischen Bedingungen leben und arbeiten. Die CRC bietet Gruppen für diese

Frauen an, berät und begleitet sei, bringt ihnen Englisch bei, mit dem Computer umzugehen oder mit dem Geld hauszuhalten. Ziel des Projektes ist, die Lebenssituation der Frauen dauerhaft zu verbessern. »Vielleicht könnte das auch ein Anstoß für unsere Kirche sein, ein ähnliches Projekt in Kamerun ins Leben zu rufen«, sagt Esther Fotso.

Genau das will die VEM mit dem »United Mission Team« erreichen: Wer daran teilnimmt, soll etwas mitnehmen nach Hause, ob es konkrete Ideen für die eigene Arbeit sind, Denkanstöße für das eigene Missionsverständnis oder auch nur die konkrete Erfahrung, zwei Wochen lang mitten in einer fremden Gesellschaft gelebt und christlichen Glauben dort erfahren zu haben. »Ein unglaublich bereicherndes Erlebnis«, sagt Barbara Steinheuer. Sie hofft, dass es für die anderen beiden in Düsseldorf ebenso wird: Die Gegenbesuche in Kamerun und Deutschland sollen noch in diesem Jahr folgen.



Christoph Wand ist Leiter der Stabsstelle Kommunikation und Medien der VEM.



^ Iris Wong, Barbara Steinheuer und Esther Fotso (v.l.) vor dem chinesischen Tempel des lutherischen Seminars in Hongkong

< Das »Team für gemeinsame Mission« besucht die Chinesisch-Rheinische Kirche in Hongkong.

Die Freiheit des Glaubens,
des Gewissens und
des religiösen und
Bekenntnisses sind
Die ungestörte Religionsausübung
wird gewährleistet.

Grundgesetz, Artikel 4, 1–2

ubens,

die Freiheit

weltanschaulichen

unverletzlich.

ionsausübung



*Viele Dörfer
sind bedroht
vom Landraub.*

Menschenrechte: Es geht um Leben und Tod

Von Fidon Mwombeki

Auf Einladung der Vereinigten Kirche Christi in den Philippinen kam der Rat der VEM im Februar in den Philippinen zusammen. Der Rat hatte verschiedene Besuche auf Mindanao im Süden des Landes auf sein Programm gesetzt, um zu sehen, wie die Kirche ihren Auftrag erfüllt, sich für die Menschenrechte einzusetzen. Wir trafen mehrere Leute, die uns unglaubliche Geschichten erzählten: Menschen werden ermordet oder verschwinden und keiner wird für die Gräueltaten zur Rechenschaft gezogen.

Unzählige Gräueltaten

Ich hatte die Gelegenheit, oben in den Bergen ein kleines Dorf zu besuchen, dessen Überleben und Zukunft ungewiss sind. Nachdem wir große Bananen- und Ananas-Plantagen durchquert hatten, erreichten wir diese Menschen, die ein sehr einfaches Leben führen. Ihr Land wurde ihnen von einem Reichen weggenommen, der behauptete, Gott habe ihm dieses Land in einer Vision gegeben, da es von großer Wichtigkeit für die Wiederkunft Christi sei. Das Rechtssystem scheint diesen Menschen

nicht zu helfen. Sie haben jetzt zu einem großen Teil ihres angestammten Landes keinen Zugang mehr und auch nicht zu Wasser. Besonders tragisch ist, dass ihr Friedhof jetzt von dem reichen »Christen« abgezäunt ist. Als ich das Problem ihres Friedhofs ansprach, brach unser Führer, der auch aus einem solchen Dorf kam, in Tränen aus und konnte nicht länger für uns übersetzen. Ich erinnerte mich daran, dass ich auch einige Frauen getroffen hatte, deren Ehemänner getötet worden waren oder vermisst werden und die nun in ständiger Angst vor einem Überfall leben. Eine unglaubliche Anzahl von Gräueltaten wird in diesem Land verübt, wo Armut gleichbedeutend mit dem Verlust der Menschenrechte ist. Diesen Menschen von Angesicht zu Angesicht zu begegnen, ist etwas, was man sich nicht wünscht, denn man fühlt ihre ganze Hilflosigkeit. Und darum führen wir dieses Jahr eine Kampagne gegen Straflosigkeit durch. Es geht nicht um Politik, es geht um das Leben und den Tod von Menschen, die doch als Ebenbild Gottes geschaffen sind!

Dieser Besuch erinnerte mich auch an unser Einstehen für Religionsfreiheit. Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Mensch, der behauptet Christ zu sein, einer kleinen, unbescholtenen Dorfgemeinschaft im Namen Gottes die Existenzgrundlage nimmt. Ebenso wenig kann ich mir vorstellen, wie viele Schwierigkeiten zahlreiche christliche Minderheiten erdulden müssen, weil sie an Christus glauben. Es ist unsere Pflicht als Christen, Menschen anderen Glaubens mit wirklicher Liebe zu begegnen, gerade auch dann, wenn wir ihnen die gute Nachricht von Christus verkündigen. Wir müssen das Recht auf Glauben jener Menschen schützen, die keine Christen sind. Gleichzeitig ist es unsere Pflicht, die Gräueltaten gegen christliche Minderheiten anzuprangern und zu bekämpfen, wo immer diese geschehen. Menschen geben ihren Glauben nicht ohne weiteres auf. Und sie haben das Recht auf ihren eigenen Glauben, solange sie nicht andere beeinträchtigen.



*Dr. Fidon Mwombeki ist
Generalsekretär der Vereinten
Evangelischen Mission.*

Lucy Mwinuka: »Ich habe unglaublich viel gelernt«

Neue Leiterin der Regenbogenschule auf Studienreise in Deutschland

Von Caroline Shedafa

»Ich habe unglaublich viel gelernt. Wir können viel von den deutschen Behinderten-Einrichtungen lernen. In Tansania stehen wir noch ganz am Anfang.« Mit diesen Worten bedankte sich Lucy Mwinuka bei der Vereinten Evangelischen Mission für die fünfwöchige Studienreise in Deutschland. Die neue Schulleiterin der Regenbogenschule in Tansania war Anfang Januar nach Deutschland gereist, um Einblicke in die hiesige Arbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung und Autismus zu bekommen und Anregungen für die weitere Entwicklung der Regenbogenschule zu gewinnen. Mwinuka wollte versuchen, die Anregungen in ihrer Arbeit als Schulleiterin der Regenbogenschule mit einfließen zu lassen. Allerdings sei nicht alles auf die Situation an der Regenbogenschule übertragbar.

Die Irente Regenbogenschule für Kinder mit geistiger Behinderung und Autismus ist eine Einrichtung der Nordostdiözese der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Tansania. Die 2005 eröffnete Schule hat inzwischen Vorbildcharakter für andere ähnliche Einrichtungen in Tansania und darüber hinaus. An der Regenbogenschule werden auch schwer- und mehrfachbehinderte Kinder aufgenommen. Die ausgebildete Sekundarschullehrerin hatte bislang in der Lwandai Secondary School unterrichtet – ebenfalls eine Schule der Nordostdiözese. Im Oktober 2009 übernahm sie das Amt an der Regenbogenschule von ihrem Vorgänger Yassin Shehaghilo, der seitdem Förderpädagogik am Sebastian Kolowa University College (SeKUCo) studiert.




*Die neue Leiterin der Rainbow School:
Lucy Mwinuka*

Mwinuka besuchte Einrichtungen der v. Bodelschwingschen Stiftungen in Bethel und Eckardtsheim und des Diakonischen Werkes Minden, darunter verschiedene Schulen für Kinder mit Behinderung, Werkstätten, Wohnheime und spezielle Einrichtungen für autistische Menschen. Das Diakonische Werk Minden und besonders die Wichernschule in Minden verbindet eine lange und enge Partnerschaft mit der Regenbogenschule. Lehrer und Elternvertreter haben sich bereits mehrmals gegenseitig besucht.

An der Rainbow School werden auch schwer- und mehrfachbehinderte Kinder aufgenommen.



Am Ende ihrer Reise war Mwinuka tief beeindruckt von dem Angebot für Menschen mit geistiger Behinderung und Autismus in Deutschland. Im Vergleich zu den Einrichtungen in Bethel und Minden, ist die Schule in Tansania sehr bescheiden ausgestattet. Gerade speziell therapeutische Ausrüstung ist schwer oder gar nicht zu bekommen. Ein großes Problem an der Regenbogenschule ist der Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften. Die Lehrerinnen und Lehrerassistentinnen, die sich engagiert und liebevoll um die Schüler und Schülerinnen kümmern, haben oft keine qualifizierende Ausbildung. Seit einiger Zeit arbeitet an der Regenbogenschule die einzige Ergotherapeutin weit und breit. Daher kommen neben den Schülern und Schülerinnen auch Kinder aus dem Umkreis von Lushoto regelmäßig zu Therapiestunden nach Irente.

 *Caroline Shedafa ist Studienleiterin im Zentrum für Mission und Diakonie in Bielefeld-Bethel und studiert nebenbei Public Health an der Universität Bielefeld.*

Gleiches Recht für alle?

Glaubenswechsel in Indonesien

Von Klemens Ludwig

Ein Abfall vom Glauben ist für Muslime nach dem Verständnis des Korans nicht möglich. In neun islamischen Staaten schreibt das Gesetz für einen solchen Schritt sogar die Todesstrafe vor, und selbst in gemäßigten Staaten, die sich nicht an der Scharia orientieren, wie Ägypten, Algerien oder der Türkei, drohen Anklage und Gefängnis. Dagegen ist der Übertritt zum Islam sehr einfach: In Anwesenheit zweier erwachsener Muslime muss das Glaubensbekenntnis im vollen Bewusstsein gesprochen werden.

Zwar betonen vor allem moderne Muslime in Europa immer wieder, dass der Islam keinen so klaren Missionsauftrag habe wie das Christentum, doch ist er bei genauerem Hinsehen nur subtiler. Der entsprechende Begriff lautet »da'wa«, was »einladen« bedeutet. Dazu erläutert die Enzyklopädie des Islam: »Da'wa ist im Islam, wie das arabische Wort es genau beschreibt, eine ›Einladung‹ eines Muslim gegenüber einem Nichtmuslime, sich der Wahrheit anzunähern...«

Die Staatsideologie schreibt den Glauben an einen Gott vor

Nur ein mehrheitlich islamisches Land praktiziert die extrem ungleiche Behandlung von Menschen, die ihren Glauben wechseln wollen, bislang nicht, der südostasiatische Inselstaat Indonesien. Zwar hat es auch dort nach dem Ende der niederländischen Kolonialzeit 1945 nicht an Versuchen gefehlt, den Islam zum Maßstab des gesellschaftlichen Lebens zu machen, doch die Väter der Unabhängigkeit – allen voran der erste Präsident Achmed Sukarno – sind dem entschieden entgegengetreten. Pancasila, auf Deutsch die »Fünf Prinzipien«, heißt das Zauberwort, mit dem die religiöse und soziale Harmonie gewahrt werden soll. Diese Staatsideologie schreibt den Glauben an einen Gott vor, doch wie dieser von den jeweiligen Gläubigen genannt wird, spielt keine Rolle. Selbst die gewiss nicht monotheistischen Hindus auf Bali und die Minderheit der Buddhisten, die an gar keinen Schöpfergott glauben, fallen darunter. So gibt es in Indonesien vieles, was in anderen mehrheitlich islamischen Ländern kaum vorstellbar ist, wie den Bau von Gotteshäusern aller Art, keine Kleidervorschriften, keine religiösen Regeln als Vorgaben für weltliche Gesetze (Scharia) und eben Glaubenswechsel in jede Richtung.

Ein besonders überzeugendes Beispiel für die tolerante indonesische Tradition ist Pastor Petrus Sugito aus Salatiga im Herzen von Java. Der 47-Jährige wirkt etwas schüchtern und selbstbewusst zugleich. Er hält sich eher im Hintergrund, strahlt jedoch eine unerschütterliche Stärke im Glauben aus. Womöglich liegt es daran, dass er seinen Glauben erst suchen musste. Pastor Sugito stammt aus einer islamischen Familie. Mit 18 Jahren konvertierte er zum Christentum und studierte evangelische Theologie. Heute ist Sugito Generalsekretär der Christlichen Kirche in Nord-mittel-Java (GKJTU) und stellvertretendes VEM-Ratsmitglied. Dem freundschaftlichen Band zu seiner Familie tat der Glaubenswechsel keinen Abbruch, wie er stolz erzählt: »Mein Vater und meine Mutter sind sehr demokratisch ge-

> Petrus Sugito (3.v.r.) hinter einer Verkaufstheke in einem kleinen Laden an der Hauptkirche in Salatiga. Hier können die Bauern, die Bio-Landbau betreiben, ihre Produkte verkaufen. Die GKJTU hatte das Projekt zum organischen Landbau angestoßen.

Pfarrerin Yunia Sugito, die Frau von Petrus Sugito, ihre Mutter und Schwester (v.l.)



sinnt. Als ich ihnen sagte, dass ich konvertieren wolle, haben sie mich nur ermahnt, bist du dir darüber im Klaren, dass du als Christ womöglich mit einigen Schwierigkeiten konfrontiert wirst? Wenn du Beamter werden möchtest, könnte deine Karriere nicht ganz so glatt verlaufen. Ich habe geantwortet, ja, ich habe mich bewusst entschieden. Daraufhin haben meine Eltern gesagt, wenn du dich entschieden hast, dann werden wir dem folgen. Es gab also keine heftige Reaktion auf meine Entscheidung und sie hat mein Verhältnis weder zu meiner Familie noch zu meiner Großfamilie, die auf Java sehr wichtig ist, belastet.«

Zunehmende Intoleranz

Mit diesem Schritt steht Pastor Sugito nicht einmal allein in seiner Familie. Seine Schwester ist zum Katholizismus konvertiert, weil sie einen Katholiken geheiratet hat; sein Bruder ist Muslim und seine Eltern sind Muslime geblieben. Besonders freut es ihn, dass seine Eltern in der Kirche waren, als er geheiratet hat und als Pastor in sein Amt eingeführt wurde. Auch bei der Amtseinführung seiner Frau und der Taufe ihrer Kinder war die ganze Familie zugegen. Tatsächlich sind Eheschließungen im ganzen Land der wichtigste Grund für einen Glaubenswechsel, wobei sich die Frauen zumeist der Religion des Mannes anschließen; Ausnahmen bestätigen die Praxis eher. Doch schon hier vollzieht sich eine Veränderung. Die Familien, vor allem in islamisch geprägten Gegenden, achten stärker auf eine Heirat innerhalb der eigenen Religion; das gilt insbesondere für Frauen. Darin

zeigt sich der wachsende Einfluss islamischer Fundamentalisten, die so viel Toleranz nicht tolerieren können. Die relativ leichte Abkehr vom Islam ist ein wichtiger Punkt ihrer Agitation. Zwar ist es ihnen noch nicht gelungen, die gesetzlichen Grundlagen der Pancasila zu Fall zu bringen, aber die alltägliche Praxis ändert sich merklich. Ein Wechsel der Religion ist heute bei Weitem nicht mehr so einfach wie vor 20 Jahren zu den Zeiten von Petrus Sugito; zumindest dann nicht, wenn es den Islam betrifft.

Die zunehmende Intoleranz findet viele Ausdrucksformen. In Mojoranu, nicht weit entfernt von Salatiga, mussten die Christen erleben, wie sich die Bedingungen verändern. Als dort eine Kirche gebaut wurde, durfte das nur unter der Auflage geschehen, dass sie mindestens 200 Meter von der nächsten Moschee entfernt sein müsse. Das war kein Hindernis, doch im Laufe der Jahre wurde nur 50 Meter entfernt eine neue Moschee errichtet. Christen und Muslime harmonisierten miteinander. Doch als die Kirchengemeinde eines Tages daran ging, ihr Gotteshaus grundlegend zu erweitern, erlebte sie eine böse Überraschung. Nach dem Abriss tauchten jedoch Vertreter der Verwaltung auf und erklärten der verblüfften Gemeinde, dass ein Neubau nicht infrage käme, da sich in nur 50 Meter Entfernung eine Moschee befinde. Bis heute muss die Gemeinde von Mojoranu ohne Kirche auskommen.



Klemens Ludwig arbeitet als freier Journalist in Tübingen.



Über die Geschichte der Mission im südlichen Afrika

Studienpreisverleihung der Archiv- und Museumsstiftung der VEM

Die Archiv- und Museumsstiftung der VEM hat am 1. März zum siebten Mal Studien- und Forschungspreise in den Bereichen interkulturelle Forschung, Missions- und Religionswissenschaften verliehen. Der mit 500 Euro dotierte Studienpreis ging an André Saenger und der mit 1000 Euro dotierte Forschungspreis an Christian Hohmann.

Von Christian Hohmann

Christian Hohmann wurde für seine Dissertation »Zur Frage der Einheit der lutherischen Kirchen Südafrika im Kontext ihrer Entstehung« ausgezeichnet. Die Dissertation von Hohmann befasst sich mit der Entstehung und Entwicklung lutherischer Missions- und Siedlergemeinden in Südafrika seit 1737, als die aus dem

lutherischen Pietismus hervorgegangene Herrnhuter Mission ihre Missionsarbeit in der Kapkolonie begonnen hat. Mehr als 100 Jahre später kamen die ersten Hermannsburger Missionare und Missionskolonisten nach Südafrika und gründeten 1854 ihre erste Station in Natal. 1780 wurde in Kapstadt die erste lutherische Gemeinde für weiße Siedler lutherischer Prägung, die seit 1652 zu meist aus Deutschland eingewandert waren, begründet. 1861 entstand die erste deutschsprachige lutherische Gemeinde in Kapstadt. Anders als bei der Herrnhuter Mission kam es seit Mitte des 19. Jahrhunderts innerhalb der Hermannsburger Mission zur Entstehung von schwarzen Missionsgemeinden und eigenständigen weißen Siedlergemeinden in bewusster Distanz zu den Missionsgemeinden.

Vor dem Hintergrund der im 20. Jahrhundert geführten kirchenpolitischen Diskussion um die Einheit der lutherischen Kirchen während der Apartheid geht die Untersuchung folgenden Fragen nach: Unter welchen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind Missions- und Siedlergemeinden entstanden? Gab es bis Anfang des 20. Jahrhunderts Ansätze zu einer gemeinsamen Kirchenbildung? Welchen Einfluss hatten hierbei die verschiedenen Missionskonzepte: Einzelmission bei Nikolaus Ludwig von Zinzendorf und Völkermission bei Ludwig Harms? Schließlich, welche gesellschafts- und kirchenpolitische Rolle haben die lutherischen Missions- und Siedlergemeinden im Kontext kolonialer Rassenpolitik gespielt?



Am 1. März 2010 wurde im Missionshaus der VEM Christian Hohmann für seine Dissertation ausgezeichnet.



Christian Hohmann arbeitet als Regionalpfarrer des Amtes für Mission, Ökumene und Weltverantwortung (MÖWe) der Evangelischen Kirche von Westfalen in den Kirchenkreisen Herford, Lübbecke, Minden, Vlotho und ist Studienleiter im Zentrum für Mission und Diakonie der VEM. Im Rahmen seiner Forschungsarbeit beteiligt er sich am EKD-Studienprozess zur Rolle der deutschen evangelischen Auslandsarbeit im kolonialen südlichen Afrika.

Die Archiv- und Museumsstiftung der VEM hat am 1. März im Rahmen einer Veranstaltung André Saenger (m.) den Studienpreis überreicht – hier im Bild mit seiner Frau (l.) und Dr. Liz Vibila, Studienleiterin des Centre for Mission and Leadership Studies (ÖW/CMLS).




André Saenger hat den Preis für seine Magisterarbeit »Die Landpolitik der Rheinischen Missionsgesellschaft in Deutsch-Südwestafrika 1890–1904« bekommen.

Von André Saenger

Seit 1891 versuchten die Rheinische Missionsgesellschaft und ihre Missionare, Land für ihre Gemeinden in Deutsch-Südwestafrika zu reservieren. Bis 1898 geschah dies relativ unkoordiniert. Die Missionsleitung in Barmen gab den Missionaren keine klare Strategie vor. Also versuchte jeder Missionar bei »günstigen Gelegenheiten« das Beste für seine Gemeinde herauszuholen. Manche motivierten die Häuptlinge zu Landschenkungen, während andere auf alte Besitzrechte pochten. Dabei stießen die Missionare auf den massiven Widerstand der Kolonialverwaltung. Mit dem Streit um die Anerkennung der Schenkung des Platzes Rietmond (1896–1898) bekam die Landpolitik der Rheinischen Mission dann eine Perspektive.

Saengers Arbeit zeigt auf, wie Rheinische Mission, deutsche Kolonialverwaltung und Nama-Kapitän Hendrik Witbooi um die beiden großen Plätze Rietmond und Kalkfontein (etwa 50 000 Hektar) mit zahlreichen Quellen und üppigen Weiden zwischen Schenkung und Verkauf taktieren, sich schließlich aber auf die Errichtung eines »Eingeborenen-Reservates« für den Witbooi-Stamm einigten.

Die Untersuchung geht auch der Frage nach, woher die Idee zur Einrichtung von Reservaten stammte und welche zentrale Bedeutung sie für die Zukunft der Landpolitik sowohl von Rheinischer Mission als auch von deutscher Kolonialverwaltung hatte.


André Saenger arbeitet als freier Wirtschaftsjournalist in einer Frankfurter Nachrichtenagentur. Er promoviert bei Professor Christoph Marx an der Universität Duisburg-Essen zum Thema Landpolitik in Deutsch-Südwestafrika.

»Mission possible«

Erfolgreicher Abschluss einer ungewöhnlichen Mission: Klinische Seelsorgeausbildung in den Philippinen

Von Karin Vorländer



»Welcome back home in Cendet, Horst«, begrüßt ihn der Wachmann, der im Gästehaus der Vereinigten Kirche Christi in den Philippinen (UCCP) Tag und Nacht in Cebu City für Sicherheit sorgt. Horst Ostermann ist ein gern gesehener Gast im Gästehaus »Cendet«. Denn er nimmt die Menschen wahr und schätzt ihre Arbeit. Er fragt nach und hört aufmerksam zu. In den vergangenen neun Jahren hat der deutsche Pfarrer neunmal bis zu zehn Wochen lang eines der schlichten Zimmer im Cendet bewohnt.

Der Waldbröler kommt nicht als Tourist in die geschichtsträchtige 2,9 Millionen Einwohner zählende Metropole auf der philippinischen Insel Cebu der Visayas-Gruppe, die Weltumsegler Ferdinand Magellan 1521 »entdeckte« und die zum Ausgangspunkt der Christianisierung Südostasiens wurde. Horst Ostermann vom Kirchenkreis An der Agger versucht die Klinische Seelsorgeausbildung (KSA) oder wie sie in den Philippinen heißt, die CPE (Clinical Pastoral Education), wieder als Teil der theologischen Aus- und Weiterbildung der UCCP aufzubauen. Die Bischöfe der Vereinigten Kirche Christi in den Philippinen hatten ihn vor neun Jahren darum gebeten. Die Klinische Seelsorge-

ausbildung war nämlich während der Marcos-Diktatur dem sogenannten »brain drain« zum Opfer gefallen, der bis heute ein großes Problem darstellt: Angesichts der wirtschaftlich katastrophalen Lage des 80 Millionen Einwohner zählenden Landes, in dem 50 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze leben, verlassen viele gut ausgebildete Fachkräfte das Land, um im Ausland den Lebensunterhalt für sich und die verzweigte Familie zu sichern. Weil es in der UCCP schlicht keine nach internationalen Standards ausgebildeten Supervisoren für die Seelsorgekurse mehr gab, brach die Ausbildung zusammen.

»Etwas von der Fülle und dem Wohlstand...

»Fragen Sie doch mich«, antwortete Horst Ostermann vor neun Jahren deshalb auf eine Frage der Vereinten Evangelischen Mission, zu der auch die UCCP als Mitgliedskirche gehört. Gesucht wurde jemand, der in den Philippinen »Starthilfe« beim Wiederaufbau eines UCCP-Angebots für die Seelsorgeausbildung der Mitarbeitenden half. Horst Ostermann brachte gute Voraussetzungen für die ungewöhnliche Anfrage mit: Zeit, Know-how und Erfahrung. Als Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises An

der Agger im Ruhestand hatte er Zeit. Als ausgebildeter Lehrsupervisor – nach internationalen Standards in Holland, Deutschland und den USA – ist er einer von nur 20 Lehrsupervisoren in Deutschland. Ostermann hat zudem 25 Jahre lang im Oberbergischen Waldbröl ein Zentrum für Klinische Seelsorge aufgebaut und geleitet. »Und ich bin billig«, lacht er. Denn seine Arbeit in Cebu City macht Horst Ostermann ehrenamtlich. Genau wie die sechs Einsätze in Indonesien, wo er ab 2005 für die dortigen protestantischen Kirchen eine KSA-Ausbildung angestoßen hat. Sein Engagement in diesen beiden Mitgliedskirchen der VEM ist für den 70-Jährigen der Versuch, »etwas von der Fülle und dem Wohlstand meines Lebens in Deutschland abzugeben«.

»...meines Lebens in Deutschland abgeben«

Die CPE-Kurse in Asien laufen genauso ab wie die KSA im heimischen Waldbröl: Die Teilnehmenden der sechs- oder zehnwöchigen Kurse wohnen im Krankenhaus und bilden eine Art Kommunität auf Zeit. Sie besuchen Patienten im Krankenhaus oder auch in umliegenden Gemeinden und suchen nach tragfähigen Antworten des Glaubens und ehrlicher Begegnung. («Klinisch« heißt diese Ausbildung nach der Bedeutung des amerikanischen Wortes »Clinical« und meint: erfahrungs- und nicht theorieorientiert). Dazu tragen die Auswertung der Besuchsprotokolle, Einzelsupervisionen, die Arbeit an der eigenen Biographie, und nicht zuletzt eine tägliche Andacht bei, die gemeinsam reflektiert wird. Horst Ostermann ist überzeugt, dass Seelsorge auch außerhalb des Krankenhauses nur gelingen kann, wenn die Seelsorgerinnen und Seelsorger ihre eigenen Gefühle, Blockaden, Sehnsüchte und Ängste wahrnehmen. Und wenn sie ehrlich danach fragen, was denn ihr Glaube an Trost, Weisung oder Ermutigung in der jeweiligen Situation beitragen kann.



Esther M. Gelloagan begrüßt Horst Ostermann.

Im Blick auf die äußeren Bedingungen allerdings unterscheiden sich die Ausbildung in Deutschland und den Philippinen erheblich. Denn ins kircheneigene Visayas Community Medical Krankenhaus in Cebu kommen vor allem arme Patienten, die Aufenthalt und Behandlung nur unter allergrößten Mühen finanzieren können. In den vergangenen Jahren konnte mit finanzieller Hilfe des Kirchenkreises An der Agger ein kleines Seelsorge-Zentrum im Krankenhaus mit Tagungsraum und drei winzigen Mehrbettzimmern eingerichtet werden. Es gibt keine allgemeine Krankenversicherung. Eine normale Blinddarmoperation kann bereits zum unlösbaren Finanzproblem werden. Wie schmerzlich und entwürdigend Armut sein kann, das wissen die Pfarrer und Pfarrerinnen aus ihrem eigenen Leben nur allzu gut: Ihr Gehalt liegt selten über 7000 Pesos pro Monat – das sind umgerechnet knapp 110 Euro.

Was heißt Seelsorge unter den Bedingungen von Armut und Unrecht? Ist die Fort- und Weiterbildung in Sachen Seelsorge da nicht ein Luxus? Der leitende Bischof Eliezer M. Pascua und seine Bischofskollegen in der UCCP jedenfalls sind davon überzeugt, dass gerade in einer Situation von Armut, Gewalt und Unrecht die Seelsorge und das Eintreten für die Menschenrechte zusammengehören. Der pastoral-seelsorgliche und der prophetisch-politische Dienst der Kirche gehören zusammen – auch wenn das die UCCP vor eine Zerreißprobe stellt.

Die ersten einheimischen Supervisoren

Mittlerweile gibt es in der UCCP die ersten einheimischen Supervisoren. Horst Ostermanns Mission ist erfüllt. »Wir müssen jetzt die indonesische und die philippinische KSA-Ausbildung vernetzen«, sagt er. Künftig wird die Krankenhauspfarrerin Esther M. Gelloagan auch Seelsorge-Kurse in Indonesien anbieten, und Teilnehmende aus Indonesien können ihre Ausbildung zum Supervisor auf den Philippinen fortsetzen. Die 48-Jährige hat als erste Pfarrerin der UCCP ihren Abschluss als Supervisorin gemacht. Ein großes Problem allerdings gibt es nach wie vor: Die große Mehrheit der Pfarrer und Pfarrerinnen können die Kosten für die Teilnahme an den KSA-Kursen kaum aufbringen. Gemeinsam mit den Bischöfen und Vertretern der VEM hat Horst Ostermann deshalb nach einer Lösung gesucht. Für Pfarrer, die weniger als 7000 Pesos verdienen, soll die UCCP künftig ein kleines Stipendium gewähren.

Ob seine 16. Reise wirklich die letzte war, wird die Zukunft zeigen. »Welcome back home, Horst«, könnte es vielleicht irgendwann noch einmal heißen.



Karin Vorländer lebt und arbeitet als freie Journalistin in Nümbrecht.

Hochschultag der Fachhochschule der Diakonie: Internationale Diakonie

»Der Blick über den Tellerrand – Internationale Diakonie« – so lautete das Motto des Hochschultages der Fachhochschule für Diakonie Bielefeld. Etwa 140 Studierende und Gäste waren am 20. März zum Hochschultag nach Bielefeld gekommen, um Impulse aus der Ökumene für die Arbeit der Diakonie aufzunehmen. Eingeladen hatte die Fachhochschule, Brot für die Welt und das Zentrum für Mission und Diakonie der Vereinten Evangelischen Mission (VEM).

Pfarrer Jorge Gerhard aus Uruguay, der ehemalige Leiter der Diakonieabteilung der Kirche am Rio de la Plata in Argentinien, beschrieb im Hauptvortrag die Erfahrungen in der Jugendarbeit seiner Kirche. Es gehe vor allem darum, Jugendlichen, die auf der Straße leben, den Zugang zu Bildung und Berufsausbildung zu ermöglichen. Außerdem wolle man die Jugendlichen mit Angeboten, die das tägliche (Über)leben erleichtern, stärken. »Die Gesellschaft fürchtet sich vor Menschen, die ausgeschlossen sind«, sagte Gerhard, »daher grenzt sie sich immer weiter von ihnen ab. Das müssen wir durchbrechen!«

In Arbeitsgruppen wurden verschiedene Themen diskutiert, etwa die Möglichkeiten sozialer Sicherung und das Engagement der Kirchen, die Einflüsse der Ökumene auf die Diakoniewissenschaft oder die Frage nach einer zu-

kunftsfähigen Entwicklung in Deutschland. Für die VEM boten Angelika Veddeler, Leiterin des VEM-Programms Internationale Diakonie, und Ökumenepfarrer Deonal Sinaga Workshops zu Internationaler Diakonie und zu HIV und Aids in Afrika und Asien an.

Was lehrt uns der Blick über den Tellerrand? Diese Frage wurde abschließend auf einem Podium diskutiert. Die Beiträge machten Folgendes deutlich: Diakonie geschieht heute in einer global vernetzten Welt und muss in diesem weltweiten Horizont betrachtet werden. Kirchen können in ihrer diakonischen Arbeit voneinander und miteinander lernen, und sie können sich austauschen. Dabei werden manchmal ganz neue Aspekte der eigenen Arbeit deutlich. »Wir haben gelernt, dass wir Diakonie nicht nur als Reaktion auf ein Unglück gestalten dürfen, sondern dass wir weit früher ansetzen müssen«, sagte Deonal Sinaga. »Was wir von unseren Partnern in Deutschland gelernt haben ist die ständige Frage ›was bringt's?‹ Es wird manchmal lästig, diese Frage immer beantworten zu müssen, aber sie hat uns sehr geholfen, unsere Arbeit mit den Jugendlichen effektiv zu gestalten«, ergänzte Jorge Gerhard. Angelika Veddeler erklärte, das genaue, differenzierte Hinschauen auf Menschen in Not und ihre Lebensbedingungen sei ein Resultat der gemeinsamen Arbeit in der Diakonie der VEM.

Hilke Bertelsmann, Prorektorin der Fachhochschule, wies abschließend darauf hin, dass die Studierenden demnächst auch praktische Erfahrungen mit internationaler Diakonie sammeln können. Die Fachhochschule und die VEM werden ab 2011 ein gemeinsames Programm für Studienpraktika in Afrika und Asien anbieten. Schon jetzt gibt es dafür viele Interessenten. bvl



Angelika Veddeler, Prof. Hilke Bertelsmann, Prorektorin der Fachhochschule, und Helmut Prestner, Brot für die Welt (v.r.)

»Das Christentum hat uns versöhnt mit Gott und miteinander«

Erinnerungen an Polimo

Von Käthe Glücks

Als ich nach über 20 Jahren in Polimo, West-Papua, Abschied nahm, wurde mir ein traditionelles Netz von einem jungen Lehrerehepaar mit den Worten überreicht: »Danke, dass du mitgeholfen hast, dass wir »Menschen« geworden sind und in der neuen Zeit und heutigen Situation zurecht kommen.« Ein alter Häuptling drückte es so aus: »Es ist sehr gut, dass wir das Christentum kennen lernten, nun können wir endlich ruhig leben. Es befreit uns vom Zwang der Blutrache. Jesus ist auch für uns gestorben und hat uns versöhnt mit Gott.« Zwei sehr persönliche Aussagen, die große Veränderungen für alle Hochlandbewohner beinhalten.

Eine Schulbildung war früher im schwer zugänglichen Hochland West-Papuas gar nicht möglich. Dort hatten sich eigene Sozial- und Glaubensstrukturen (Adat) entwickelt und im Ahnenkult herrschte die Blutrache. Als die »westliche« Welt immer weiter vorrückte, war es ein Geschenk, dass besonders von den Missionen die Schulbildung und Alphabetisierung gefördert wurde. Die Weite des Landes und die Bodenschätze lockten, sodass die Zahl der Zuwanderer fast die der Einheimischen übersteigt. Verschiedene Lebensweisen prallen aufeinander. Und heftige – leider oft auch kriegerische – Auseinandersetzungen sind die Folge. Da ist es besonders wichtig, eine gute Schul- und Berufsausbildung zu haben. Die haben vor allem Papua, die in den Küstenregionen leben. Dagegen ist die Anzahl der Lehrer, Pfarrer und Computerspezialisten im Hochland


Papuas noch sehr gering. Grund für diese Entwicklung ist beispielsweise die schlechte Infrastruktur. Viele Dörfer im Hochland können nur mit dem Flugzeug erreicht werden.

Anfang der 1990er Jahre wurde in Polimo ein Internat für junge Mädchen gebaut. Bis heute kommen junge Mädchen aus den umliegenden Dörfern in das Internat. Lesen, Schreiben, Rechnen stand auf dem Stundenplan der jungen Mädchen und Frauen. Aber nicht nur das. Sie haben auch erfahren, wie wichtig etwa Hygiene und gute Ernährung sind und wie man mit der neuen westlichen Lebensweise umgeht.

Die Papua versuchen die alten sozialen Bindungen nicht auseinanderbrechen zu lassen, auch wenn manche an dieser Auseinandersetzung zerbrechen. Wie wichtig da ein innerer Halt ist, haben die mehrtägigen Evangelistenkurse für Männer und Frauen in Polimo gezeigt, die einmal im Monat dort angeboten wurden. Die angehenden Evangelisten haben gelernt, wie

man beispielsweise eine Predigt vorbereitet, die Bibel liest und Bibelaussagen auf Alltagssituationen überträgt. Für diese Arbeit war ich mitverantwortlich. Zur ganzheitlichen Ausbildung gehörte auch, gutes Material zu erarbeiten, besonders Bild- und Anschauungsmaterial. Es ist schön zu erleben, dass immer mehr Wissen vermittelt wird, und daran hat die Kirche einen großen Anteil.

Die Papua erkennen den Wert einer guten Ausbildung an und nutzen sie. Auch Kontakte zu anderen Kirchen und Partnerschaften in andere Länder helfen aus der Isolation heraus und stärken die Menschen. Die Situation der Papua ist zwar noch schwierig, aber auch sie sind: in Gottes Augen wert geachtet!

 Schwester Käthe Glücks hat von 1981 bis Anfang 2003 als Gemeinde- und Krankenschwester und Hebamme in Polimo, West-Papua, im Auftrag der VEM gearbeitet.



Schwester Käthe Glücks im Gespräch mit Dorfbewohnern in Polimo.



»Eine Ur-Wuppertaler Institution«

OB Jung lud die Mission zum Empfang

»Wir freuen uns, eine solche Institution wie die Vereinte Evangelische Mission bei uns in Wuppertal zu haben.« **Oberbürgermeister Peter Jung** bedankte sich bei einem Empfang Ende März im Wuppertaler Rathaus für die gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt Wuppertal und der VEM. Er sei sehr froh, dass die Stadt Wuppertal etwa bei der Koordinierung der Tsunami-Hilfen einen solch professionellen Partner wie die VEM an der Seite gehabt habe.

Auch Dr. Fidon Mwombeki, Generalsekretär der VEM, lobte die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Stadt, bei den Tsunami-Hilfen oder bei innovativen Projekten wie dem »Lebendigen Wohnen an der Wupper«. Er bedankte sich auch für die Kooperation bei der Erteilung von



Foto: Christoph Wand / VEM

Oberbürgermeister Peter Jung und
VEM-Generalsekretär Dr. Fidon Mwombeki

Visa und Aufenthaltsgenehmigungen für VEM-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter aus Afrika und Asien sowie Gäste der Vereinten Evangelischen Mission. Die VEM sei eine »Ur-Wuppertaler Institution«, so Mwombeki mit Blick auf die knapp 200-jährige Geschichte der Mission. »Und wir freuen uns auf die Zukunft unserer Mission in der Welt und in Wuppertal – unserer Heimat.«

Personen



Foto: Marion Unger

John Wesley Kabango

Der Rat der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) hat **John Wesley Kabango** zum neuen Leiter der Abteilung Afrika gewählt. Der 50-jährige Pastor der Anglikanischen Kirche in Ruanda (EAR) wird nach einem intensiven Sprachkurs seine Arbeit im Wuppertaler Missionshaus 2011 aufnehmen. John Wesley Kabango ist ordiniertes Pastor, ausgebildeter Lehrer und hat ein Master-Studium der Entwicklungsarbeit abgeschlossen. Er ist verheiratet und hat fünf Kinder. Seit 1997 ist Kabango bei der Anglikanischen Kirche in Ruanda zuständig für die Koordination der VEM-Projekte. In dieser Funktion betreut er schon seit vielen Jahren von der VEM finanzierte Projekte. Er ist unter anderem Ansprechpartner für den Bereich Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und zum Beispiel für Projekte in den Gebieten HIV und Aids, Frauen- und Kinderrechte sowie im Bereich Landwirtschaft verantwortlich. Kabango ist Vorsitzender des Partnerschaftskomitees seiner Heimatdiözese Shyogwe, die mit dem Evangelischen Kirchenkreis Düsseldorf seit Jahren enge kirchliche Verbindungen nach Deutschland pflegt.



Foto: privat

Ein außergewöhnliches Fest hatte die Evangelisch-Lutherische Kirche in Tansania (ELCT) Ende März gefeiert: Der vorsitzende Bischof der ELCT, Alex

Malasusa, hat die deutsche VEM-Mitarbeiterin **Stephanie Franz** in Daressalam ordiniert.

Stephanie Franz stammt aus der Evangelischen Kirche von Westfalen, aus Löhne in Ostwestfalen. Seit November 2009 koordiniert sie als Mitarbeiterin der VEM die Frauenarbeit der Ost- und Küstendiözese der ELCT. Sie ist außerdem Pastorin der deutschsprachigen Gemeinde in Daressalam. Zuvor war die Diplom-Theologin über vier Jahre lang als Referentin im Verband Evangelischer Frauen in Hessen und Nassau (Region Nord-Nassau) tätig. Franz hat ihre Laufbahn bei der VEM 1991 als diakonische Helferin im Centre for Mission and Leadership Studies (früher Ökumenische Werkstatt Wuppertal) begonnen. Nach ihrem Studium arbeitete sie dort von 1999 bis 2000 als Studienleiterin. Nach einem zweijährigen Engagement als Leiterin der Mädchenarbeit im Weigle-Haus in Essen übernahm sie von 2002 bis 2004 die Leitung der Ökumenischen Wohngemeinschaft in Wuppertal. Seit 2005 ist Stephanie Franz Mitglied der Schwesterngemeinschaft innerhalb der VEM.

Mit Stephanie Franz feierten neben ihrer Familie Pfarrer und kirchliche Mitarbeitende der Diözese, Mitglieder der deutschsprachigen Gemeinde und das Afrika-Büro der Vereinten Evangelischen Mission. Bischof Malasusa nahm die Ordination zum Anlass, der VEM für ihr Engagement beim Austausch von Mitarbeitenden zu danken. Die Gaben und Talente, Gottes Wort zu verbreiten, könnten so in einer weltweiten Gemeinschaft geteilt werden, sagte Malasusa im Festgottesdienst.

Personen



Sibylle und Dr. Friedrich Martiny

Sibylle Martiny arbeitet seit Anfang März 2010 als Dozentin am Sebastian Kolowa University College der Ost- und Küstendiözese der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Tansania (SeKUCo) in Magamba. Martiny hat Evangelische Theologie und Pädagogik in Bielefeld, Heidelberg und Marburg studiert. Nachdem sie drei Jahre als Pfarrerin in einer hessischen Kleinstadt gearbeitet hat, ist sie im Sommer 1982 zum ersten Mal mit ihrem Mann Friedrich nach Tansania ausgereist. Im Auftrag der VEM hat sie in Ruhija und im Makumira University College der ELCT als Dozentin gearbeitet. Nach ihrer Rückkehr 1989 hat sie in Deutschland wieder als Dozentin an verschiedenen kirchlichen Einrichtungen gelehrt. Sibylle Martiny arbeitet im Auftrag des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) in Bonn und der VEM. Frau Martiny reist zusammen mit ihrem Mann aus.



Safiya Doma

Safiya Doma heißt die neue HIV-Aids-Beraterin, die im Auftrag von mission 21 und VEM seit Mitte März für die Amity Foundation in Hongkong arbeitet. Nach einigen Orientierungswochen in Basel, Wuppertal und Hongkong wird die 39-Jährige unter anderem die HIV-Aids-Programme der Amity Foundation in Nanking unterstützen, Seminare und Workshops zum Thema HIV und Aids kann sie bereits vorweisen. Auf dem Gymnasium in Kwarhi, an dem sie von 1999 bis 2008 unterrichtete, hat sie einen »Anti-Aids-Club« mitgegründet. Zusammen mit ihren Schülern hat sie beispielsweise am Weltaidstag Workshops zum Thema Aids angeboten und Schulen in der Nähe eingeladen. Doma hat Englisch und christliche Bildung (Kindergottesdienst, Laienbildung, Gemeinde- und Erwachsenenbildung) in Nigeria studiert. 2008 hat sie einen »Doctor of Ministry« an einem US-amerikanischen theologischen Seminar in Kalifornien gemacht.



Sonti Erika Manik

Sonti Erika Manik heißt die neue Freiwillige der VEM im Süd-Süd-Austausch. Die 23-jährige Indonesierin ist Anfang Februar 2010 im tansanischen Darassalam angekommen. Manik wird ein Jahr lang im Gesundheitswesen der Ost- und Küstendiözese der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Tansania (ELCT/ECD) arbeiten. Darüber hinaus wird sie das Team der Gemeinde der Azania Front Church in Daressalam unterstützen, das die Sonntagsschule vorbereitet, deren Kirchenchor verstärken und die Jugendarbeit der Gemeinde auffrischen. Die 23-jährige Indonesierin hat Krankenhausverwaltung an der Universität Nordsumatra in Medan (USU) studiert und ist Public Health Worker. Sie ist Mitglied der Christlich-Protestantischen Toba-Batakirche (HKBP) und engagiert sich in der christlichen Studentenbewegung in Indonesien. Sie ist auch Mitglied des studentischen HIV-Ausschusses in Nordsumatra.



Familie Schwarz

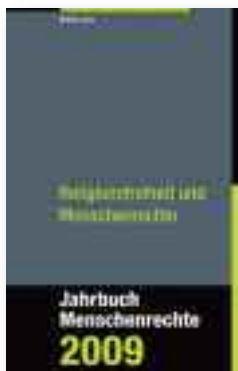
Oliver Schwarz (40) hat Anfang April die Verwaltungsleitung des psychiatrischen Krankenhauses in Lutindi in den Usambara-Bergen der Nordostdiözese der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Tansania übernommen. Der Diplom-Sozialpädagoge und seine Frau Petra sind Nachfolger des Diakonenehepaars Frank und Anja Maas, die im Juli 2010 nach Deutschland zurück kehren werden. Nazareth-Diakon Schwarz ist in Lutindi unter anderem für die Beschaffung der Finanzmittel und die Buchführung verantwortlich und wird die Monats- und Jahresabschlüsse erstellen. Zuvor hat Oliver Schwarz das Matthias-Claudius-Haus des Gemeindeverbandes Brackwede in Bielefeld-Sennestadt geleitet. Ehepaar Schwarz nimmt die achtjährige Tochter Nele mit.

Verstorben

Der promovierte Mediziner **Alex Fritz** ist am Abend des 14. Februar 2010 in Kilchberg bei Tübingen verstorben. Geboren wurde Fritz am 28. März 1922 in Lilong / China. Von 1953 bis 1960 war er mit der Rheinischen Mission in Tarutung / Sumatra und 1988–89 nochmals für zwei Jahre in Balige als Missionsarzt tätig, und zwar in Begleitung seiner Frau Annemarie.

Richard Gottfried Vollmer ist am 7. Oktober 2009 in Adelberg verstorben. Vollmer war im Auftrag der Rheinischen Mission von 1952 bis 1972 im heutigen Namibia tätig. Bis 1973 war er mit seiner Frau Renate und den gemeinsamen Kindern u. a. in Lüderitzbucht, Rehoboth, Outjo und Tsumeb. Richard Vollmer ist 91 Jahre alt geworden.

Buchtipps:



Heiner Bielefeldt, Volkmars Deile, Brigitte Hamm, Franz-Josef Hutter, Sabine Kurtenbach und Hannes Tretter (Hg.)

Religionsfreiheit und Menschenrechte

Jahrbuch Menschenrechte 2009
Böhlau Verlag
Wien, Köln, Weimar 2008
ISBN 978-3-205-78190-5
19,90 Euro

Die Religionsfreiheit ist in den letzten Jahren zum Gegenstand politischer Kontroversen geworden. In praktischen Konflikten – etwa um die Zulassung religiöser Symbole in der Schule – spiegeln sich oft zugleich Grundfragen gesellschaftlichen Selbstverständnisses: Es geht dabei zum Beispiel um das Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften, die Integration religiöser Minderheiten, die religiös-kulturelle Identität der Europäischen Union oder auch die Möglichkeit eines Brückenschlags zwischen modernen Menschenrechten und unterschiedlichen religiösen Traditionen. Der Band greift aktuelle Streitfragen um die Religionsfreiheit auf und verortet diese im Zusammenhang historischer und systematischer Erörterungen dieses Menschenrechts.



Jörg M. Pönnighaus

Tagewerk in Lugala

Lyrik
edition fischer
Frankfurt am Main 2009
ISBN 978-3-89950-483-5
9,80 Euro

Betörend, beglückend und verstörend: Die vorliegenden Gedichte von Jörg M. Pönnighaus ziehen ihre Leser ebenso in den Bann, wie es das ostafrikanische Tansania beim Autor selbst vermochte. Hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch, als leitender Arzt im Lugala-Hospital den Menschen in dem medizinisch rückständigen Land helfen zu wollen und der Resignation darüber, die Welt allein nicht ändern zu können, entstanden Gedichte von großer Bandbreite. Pönnighaus beschreibt lyrisch seine Abscheu über rücksichtslose Gewalt, äußert seine Trauer, dem Tod täglich zu begegnen, lässt sich aber auch zu vorsichtiger Hoffnung hinreißen, zeigt Stolz und seine Begeisterung über die verführerische Natur des schwer zugänglichen afrikanischen Landstrichs. Die zärtliche Zuwendung zu seiner Frau und seinen beiden Töchtern kontrastiert und ergänzt die in Gedichtform gebrachten Erfahrungen im Busch-Spital.

Vortrag über Missionar Wilhelm Diehl

»Expeditionen des Missionars Wilhelm Diehl ins Hinterland der Astrolabebucht um 1910« ist der Titel eines Vortrages von Dieter Klein am Mittwoch, 12. Mai, 18 Uhr, zu dem die Archiv- und Museumsstiftung der VEM in das Völkerkundemuseum in Wuppertal-Barmen einlädt (Missionsstraße 9).

Der Kölner Lehrer für Kunstgeschichte, Geografie und Pädagogik beschäftigt sich seit knapp 30 Jahren intensiv mit der Geschichte der deutschen Kolonien. Die Astrolabebucht liegt im heutigen Papua-Neuguinea, damals Deutsch-Neuguinea.

Johann Hinrich Claussen

O Gott!

Warum und wie wir beten
oder auch nicht

Reihe Hanser

Deutscher Taschenbuch Verlag,
München 2008

ISBN 978-3-423-62365-0

8,95 Euro



Über alles kann man heute sprechen: über Krankheiten, die Liebe, selbst über den Tod. Ein letztes Tabu ist geblieben: das Beten. Johann Hinrich Claussen bricht mit diesem Tabu. Er versammelt Gedichte und Gebete aus verschiedenen Jahrhunderten, vom biblischen Psalm bis zur modernen Lyrik, und beantwortet Fragen, die alle Menschen bewegen und faszinieren: Kann man beim Beten Fehler machen? Wie soll man Gott anreden? Warum werden nicht alle Gebete erhört? So ist ein Mosaik entstanden, das zum Nachdenken anregt – und zum Beten.

Die VEM auf dem Ökumenischen Kirchentag

Von 12. bis 16. Mai findet der 2. Ökumenische Kirchentag in München statt.

Das diesjährige Motto lautet »Damit ihr Hoffnung habt«.



»Mission – Geht doch!« ist das Motto des Gemeinschaftsstandes auf dem Markt der Möglichkeiten in den Münchener Messehallen katholischer und evangelischer Missionswerke, darunter auch die Vereinte Evangelische Mission. Die Image-Kampagne mission.de, der ökumenische »Club der guten Hoffnung«, das evangelische »Centrum Mission EineWelt« aus dem bayerischen Neuendettelsau, das katholische Missionswerk missio in München und der ökumenische Verein Würzburger Partnerkaffee werden zeigen, dass Mission für Christinnen und Christen »normal« ist. Die Gäste können sich spielerisch über die Arbeit der Missionswerke informieren, unter anderem Fakten über die weltweite Ernährungssituation und über die Lebenswirklichkeit in Südafrika erfahren. Bei Kaffeespezialitäten und einem kühlen Roibusch-Tee können müde Kirchentagsbesucher neue Kraft schöpfen.

Außerdem bieten die Missionswerke interessante Veranstaltungen unterschiedlichen Formats in den Zentren und anderen Veranstaltungsorten während der vier Tage des 2. Ökumenischen Kirchentages.

**Sie finden uns in
Halle B 6, Stand B 24.**

Die Vereinte Evangelische Mission ist mit der Klima-Ausstellung »Klima der Gerechtigkeit« auf dem Kirchentag vertreten. Besuchen Sie uns Donnerstag, Freitag oder Samstag in
Halle A3, Messegelände (592 · K22)

Ebenso bietet das Netzwerk junger Erwachsener in der VEM ein spannendes und abwechslungsreiches Programm während des ökumenischen Kirchentages in München:

Drei Workshops im Dorf Eine Welt, Zentrum Jugend:

Donnerstag, 13. Mai, 16 – 17.30 Uhr:
»SMS aus Tansania, MSN aus China«
Freitag, 14. Mai, 14 – 15.30 Uhr:
»Bin kurz weg, Welt verändern!«
Samstag, 15. Mai, 16 – 17.30 Uhr:
»Raus hier – rein ins Abenteuer«

Ein Workshop im DialogueCity, Zentrum Jugend:

Samstag, 15. Mai, 16 – 17.30 Uhr:
»... und was glaubst du?«

Veranstaltungsorte:

Dorf Eine Welt: Olympiastadion, Raum Moskau, Olympiapark (620 · E10)

DialogueCity: Zelt am Coubertinplatz, Olympiapark (676 · E10)

Kooperationsstand Freiwilligendienst

Do, Fr, Sa: Evangelische Freiwilligendienste in der Einen Welt
Halle B 6, Stand B 09

Veranstaltung zum Grundeinkommen

Samstag, 15. Mai, 16 – 17.30 Uhr
Unser tägliches Brot gib uns heute
Ein gesichertes Grundeinkommen verändert ... die Welt?!
Unser tägliches Brot gib uns heute – in Namibia und anderswo

Impulse

Virginia B. Gomes, Mitglied UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Lissabon/Portugal
Dr. Claudia Haarmann, Koalition Bedingungsloses Grundeinkommen Namibia, Windhuk/Namibia
Bischof Dr. Zephania Kameeta, Windhuk/Namibia

Podium

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister a.D., Königswinter
Virginia B. Gomes, Mitglied UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Lissabon/Portugal
Kerstin Griese, Vorstand Sozialpolitik Diakonisches Werk der Ev. Kirche in Deutschland, Berlin
Bischof Dr. Zephania Kameeta, Windhuk/Namibia
Eduardo Matarazzo Suplicy, Senator, São Paulo/Brasilien

Anwältin und Anwalt des Publikums

Wilfried Neusel, Bonn; Mechthild Schirmer, Stuttgart
Musik: Grupo Sal, Tübingen

Im Auftrag des Gemeinsamen Präsidiums vorbereitet von:
Ev. Kirche im Rheinland

Veranstaltungsort:

Technische Universität, Audimax, Arcisstraße 21
(700 / a3 / Stadtplan)

Gottesdienst mit Agapemahl

Samstag, 15. Mai, 18 – 19 Uhr
Brot vom Himmel – Menschenwürde und Grundeinkommen
Bischof Dr. Zephania Kameeta, Windhuk/Namibia
Bischof Frank Nubuasah, Francistown/Botsuana
Präses Nikolaus Schneider, Ratsvorsitzender Ev. Kirche in Deutschland, Düsseldorf

Im Auftrag des Gemeinsamen Präsidiums vorbereitet von: Brot für die Welt, Ev. Entwicklungsdienst, Ev. Kirche in Deutschland, Ev. Kirche im Rheinland, Ev. Kirche von Westfalen, Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika, Netzwerk Afrika Deutschland, Vereinte Ev. Mission

Veranstaltungsort:

Technische Universität, Audimax, Arcisstraße 21
(700 / a3 / Stadtplan)

www.oekt.de

Herausgeber:

Vereinte Evangelische Mission
Gemeinschaft von Kirchen in drei Erdteilen
Rudolfstraße 137, 42285 Wuppertal
Postfach 20 19 63, 42219 Wuppertal
Fon (02 02) 890 04-0
Fax (02 02) 890 04-179
info@vemission.org
www.vemission.org

Mitglied des Gemeinschaftswerks
der Evangelischen Publizistik (gep)

»In die Welt für die Welt. Magazin der Vereinten Evangelischen Mission« erscheint zweimonatlich im Verlag der Vereinten Evangelischen Mission

Jahresbeitrag: 6,50 Euro,
durch Spenden abgegolten.
Hinweis: Dieser Ausgabe ist ein
Zahlschein der Vereinten Evangelischen
Mission beigeheftet.

Redaktion:

Brunhild von Local (V.i.S.d.P.)
Christoph Wand
Fon (02 02) 890 04-133
Adressänderungen: Michael Lippkau
Fon (02 02) 890 04-194

Gestaltung:

MediaCompany GmbH
Astrid Ostrowicki, Juan González

Auguststraße 29, 53229 Bonn
www.mediacompany.com

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn
Auflage: 22 500

Für unaufgefordert eingesandte
Manuskripte, Rezensionsexemplare und
Fotos übernehmen wir keine Haftung.
Diese Zeitschrift ist auf 100 %
Recyclingpapier gedruckt.



Vereinte Evangelische Mission
Gemeinschaft von Kirchen
in drei Erdteilen

Unser Konto:
Vereinte Evangelische Mission

KD-Bank eG
BLZ 350 601 90
Konto Nr. 90 90 90 8

Swift/BIC: GENO DE D1 DKD
IBAN: DE 45 3506 0190 0009 0909 08





Vereinte Evangelische Mission
Gemeinschaft von Kirchen
in drei Erdteilen

Mitarbeiterfortbildung im Schulungszentrum Balewiyata auf Java

In Ost-Java leben überwiegend Muslime. In diesem muslimisch dominierten Umfeld ist es für die Christliche Kirche in Ost-Java (GKJW) wichtig, den Dialog und das friedliche Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen voranzutreiben. Wiederholt hat deswegen die GKJW zusammen mit anderen indonesischen Kirchen in Nordsumatra und auf den Molukken Tagungen für Frauen, Jugendliche und Presbyter angeboten. Solche Begegnungen motivieren und stärken die Christinnen und Christen in ihrem Zeugnis.

Für den christlich-muslimischen Dialog ist die Arbeit des Schulungszentrums Balewiyata («Haus des Lernens») in Malang auf Java beispielhaft. Das Laienschulungszentrum kann auf eine lange Geschichte zurückblicken. Hier werden nicht nur Kurse zum christlich-islamischen Dialog angeboten. Auf dem Programm stehen auch Schulungen zu Themen wie Schöpfungsbewahrung, Menschenrechte, die politische Rolle der Kirche oder Demokratisierung. Das Schulungsangebot ist jetzt auch offen für Mitglieder anderer Religionen etwa für Katholiken, Hinduisten und Buddhisten.



Blick auf das Schulungszentrum

Die Kurse sollen motivieren und dazu führen, sich verstärkt in der Gemeinde zu engagieren und die guten nachbarschaftlichen Beziehungen zu den Muslimen und anderen Religionen zu pflegen.

Bitte unterstützen Sie mit Ihrer Spende diese wichtige Aufgabe.



Die Kapelle des Schulungszentrums

Vereinte Evangelische Mission
Postfach 20 19 63
42219 Wuppertal
KD-Bank eG
BLZ 350 601 90
Konto 90 90 90 8
Stichwort: »IdW-1030«

